



## THEMEN

- [Anträge und Große Anfragen zur 40. BVV-Tagung](#)
- [Volksentscheid Radverkehr: Senat blockiert die Verkehrswende](#)
- [Im Anflug: Fünfte Verschiebung der BER-Eröffnung](#)
- [Schneller bauen: Neue Schulen für Pankow!](#)
- [Tierschutz in der Stadt: Schutz von Wildtieren in Zirkusbetrieben](#)

## Liebe Leserinnen und Leser,

seit Anfang Mai ist die Schonfrist für Ferienwohnungen in Berlin abgelaufen. Die angemeldeten Ferienwohnungen brauchen seitdem eine Genehmigung, die die Bezirksämter jedoch nicht erteilen. Die nicht angemeldeten Ferienwohnungen sind sowieso seit zwei Jahren illegal. Berliner\*innen, die ein Zimmer ihrer selbst genutzten Wohnung an Touristen vermieten, verstoßen nicht gegen das Gesetz.

Das Ziel der sogenannten Zweckentfremdungsverbotsverordnung ist es, den Wohnraum in Berlin, insbesondere in der Innenstadt, wieder dem ursprünglichen Zweck zuzuführen, nämlich dem langfristigen Wohnen der Einwohner\*innen Berlins. Dieses Werkzeug wird genutzt, um den Berliner\*innen wieder mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen, den Wohnungsmarkt zu entspannen und die Steigerung der Mieten abzumildern.

Das Gesetz ist seit zwei Jahren gültig und muss dementsprechend auch umgesetzt werden. Die Weigerung Verstöße gegen das Gesetz zu verfolgen, die insbesondere von Seiten des zuständigen Pankower Stadtrats in der Presse verbreitet wurde, ist nicht nur zum Schaden der Pankower\*innen, sondern stellt auch einen Verstoß gegen das geltende Recht dar. Absurd ist vor allem die Begründung mit möglichen Gerichtsverfahren, die gegen das Gesetz ausfallen könnten. Denn gegen jedes Gesetz, jede Verwaltungsvorschrift, jeden Bescheid kann juristisch vorgegangen werden. Häufig ziehen sich die Verfahren über Jahre hin, so wie es auch in diesem Fall zu erwarten ist.

Würde dieses Beispiel der Nicht-Umsetzung von Gesetzen Schule machen, bedeutete das den Offenbarungseid für unser Rechtssystem. Die Leidtragenden sind wie immer die kleinen Leute, Arbeiter\*innen und Angestellte, die Mieter\*innen, die nicht die Möglichkeit haben sich Eigentum zu schaffen.

Mit bündnisgrünen Grüßen

[Daniela Billig](#) und [Cornelius Bechtler](#), Fraktionsvorsitzende

## Anträge und Große Anfragen zur 40. BVV-Tagung am 1. Juni 2016

- [Große Anfrage: Wird in Pankow das Zweckentfremdungsverbot umgesetzt?](#)
- [Zweckentfremdungsverbot in Pankow konsequent umsetzen!](#) (Mitzeichnung)
- [Große Anfrage: Wird Grün in Prenzlauer Berg durch das Bezirksamt bekämpft?](#)
- [Sanierung an der Tesla-Gemeinschaftsschule bedarfsgerecht durchführen](#) (mit SPD-Fraktion)
- [Radverkehrslösung für den Caligariplatz](#) (Mitzeichnung)
- [Entwicklung des Areals um den Arkenberg](#) (Mitzeichnung)
- [Wohnstraßen im Kiez um den Arnimplatz von Umleitungsverkehren entlasten](#) (Mitzeichnung)
- [Traglufthalle für Obdachlose](#)
- [Sicherheit für Radfahrer\\*innen und Fußgänger\\*innen auf der Eberswalder Straße auch am Wochenende](#)
- [Sicherung von potentiellen Gewerbeflächen Pankows](#)
- [Landschaftsschutzgebiet Blankenfelde schützen](#) (mit CDU-Fraktion)

→ [Tagesordnung der BVV-Tagung](#)

# Volksentscheid Radverkehr: Rot-schwarzer Senat blockiert die Verkehrswende

*Gastbeitrag*

Der Radverkehr in Berlin wächst. Aber der Radverkehr wächst nicht wegen, sondern trotz der Politik des rot-schwarzen Senats. Deswegen rufen wir das Thema im Berliner Parlament wie auch in den Bezirken immer wieder auf, zuletzt mit einer Aktuellen Stunde unter dem Titel „Volksentscheid Radverkehr: Rot-schwarzer Senat blockiert die Verkehrswende“. Das Thema bewegt die Berliner\*innen – und mit seiner Politik mobilisiert der Senat selbst für dieses nächste Volksbegehren. Als bündnisgrüne Partei wollen wir die **Verkehrswende**. Denn ohne die Verkehrswende werden wir den Klimawandel nicht in den Griff bekommen. Der Radverkehr ist ein, wenn nicht sogar *der* Schlüssel dazu.

SPD und CDU sagen: Wir wollen das doch auch. Aber der politische Wille fehlt. Die Radverkehrsstrategie des Senats ist eine Strategie ohne Umsetzung – und dann ist die Strategie nichts wert. Der Senat meint jetzt, Verkehrsplanung per Gesetz ginge nicht. Nach Jahren ohne Taten scheint klar, dieser Senat braucht verbindliche Vorgaben. Zudem geht Verkehrspolitik per Gesetz, etwa das Berliner ÖPNV-Gesetz, oder der Bundesverkehrswegeplan. In diesen Tagen wird der Entwurf des Berliner Fahrradgesetzes bereits diskutiert.

In den letzten Jahren, ja Jahrzehnten haben sich viele, viele Berliner\*innen in den **Fahrräten** des Senats und der Bezirke abgemüht, sei es vom ADFC, vom VCD, vom BUND und den vielen anderen. Immer haben sie vom Verkehrssenat zu hören bekommen, was nicht geht, wie schwer alles ist, was es alles für Probleme gibt. Wir sagen: Wenn sie etwas wollen, finden sie Wege. Wenn sie etwas nicht wollen, finden sie Gründe.

Wir wissen alle um die Vorteile der fahrradgerechten Stadt: Hohe Aufenthaltsqualität, wenig Lärm, saubere Luft. Eine Stadt für die Menschen. Zügig, aber entspannt durch die Stadt kommen, kosten- und umweltbewusst – nachweislich geht es Gewerbe und Einzelhandel besser in Gegenden mit guter Radverkehrsinfrastruktur. Gerade in der wachsenden Stadt und bei den Anforderungen des Klimaschutzes.

Die Fahrradstadt wäre eine sicherere Stadt mit sicheren Kreuzungen. Die Berliner\*innen zu schützen, ist unsere Aufgabe. Da reicht kein Online-Dialog. Immerhin wurde der Moritzplatz anders markiert – eine dünne Bilanz.

Wir haben als Fraktion ein **Fahrradstraßennetz** konzipiert. Die Koalition hat das ohne ein echtes Argument abgelehnt. Aber einige Bezirke haben die Idee aufgegriffen und kämpfen für Fahrradstraßen – und gegen die Verkehrslenkung Berlin.

Auch das Volksbegehren greift diese Idee auf und macht es zum Ziel, ebenso die Forderung nach Radschnellwegen. Gerade Radschnellverbindungen haben enormes Potenzial, können den ÖPNV entlasten, und auch den Autoverkehr. Damit Radschnellwege sinnvoll sind, brauchen wir tangentielle Verbindungen von außen nach innen. Leider hat der Senat nichts vorzuweisen – die Initiativen kommen aus der Zivilgesellschaft.

Unter [fahrradnetz-berlin.de](http://fahrradnetz-berlin.de) können ab sofort weitere Vorschläge gemacht werden. Wir werden diese auswerten. Unser Ziel ist es, wie beim Fahrradstraßennetz, einen breiten Vorschlag vorzulegen.

[Stefan Gelbhaar](#), MdB

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen Berlin  
Sprecher für Verkehrspolitik (ÖPNV, Rad, Fuß), Medien- und Netzpolitik

## Im Anflug: Fünfte Verschiebung der BER-Eröffnung

*Gastbeitrag*

Am letzten Donnerstag in der Fragestunde im Plenum des Abgeordnetenhauses musste der Regierende Bürgermeister, Michael Müller (SPD), auf Nachfrage von Andreas Otto, MdB, die Katze endlich aus dem Sack lassen: Der Eröffnungstermin für den Flughafen BER, der bisher für 2017 geplant war, muss wahrscheinlich wieder verschoben werden. Das wäre dann die fünfte Verschiebung seit der ursprünglich geplanten Inbetriebnahme 2012. Nächstes Ziel: 2018 (<http://gruenlink.de/16d0>).

Für alle Pankowerinnen und Pankower, die in der Einflugschneise des Flughafens Tegel leben, bedeutet dies weitere Belastungen durch Fluglärm.

*Grüner Abschlussbericht zum BER-Untersuchungsausschuss.*

Nach rund dreieinhalb Jahren Arbeit steht der Untersuchungsausschuss BER kurz vor dem Abschluss. Unsere Erkenntnisse haben wir, die Bündnisgrüne Fraktion im Abgeordnetenhaus, in unserem Abschlussbericht "Unkontrolliert ins Chaos" zusammengefasst. Darin zeichnen wir nach, wie es zum Stillstand in Schönefeld sowie zu der milliardenschweren Kostenexplosion kommen konnte, wer die Verantwortung trägt und was es aus dem Fall BER für die Zukunft zu lernen gilt, um Großprojekte künftig gut über die Bühne zu bringen.

Feststeht: Wer keine Großprojekte stemmen kann, versagt auch beim Krisenmanagement. Dafür ist der künftige Hauptstadtflughafen BER spätestens seit 2012 eindrucksvolles Beispiel. Auch solch phantastische Strukturen wie das "Sprint-Team" des ehemaligen Geschäftsführers Mehdorn haben die Eröffnung nicht näher gebracht, sondern nur weitere Millionen verschlungen.

Im Fazit zeigen wir auf, wie in Berlin Großprojekte besser organisiert und abgewickelt werden können. Berlin hat in naher Zukunft viele Bauprojekte vor sich: ob die Sanierung des ICC, des Krankenhauses Neukölln oder die vielen benötigten neuen Schulen.

<http://www.otto-direkt.de/publikationen/>

**Andreas Otto**, MdA

Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher, Sprecher im Untersuchungsausschuss BER  
Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr  
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Beteiligungsmanagement und -controlling  
Mitglied des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien

## **Schneller bauen: Neue Schulen für Pankow!**

*Gastbeitrag*

Berlin wächst schnell – dies gilt auch für die Zahl der Kinder. Obwohl das keine Neuigkeit darstellt, steuern etliche Bezirke aufgrund unzureichender Bedarfsprognosen auf einen eklatanten Schulplatzmangel zu. Dies betrifft vor allem Pankow: Von den ca. 70 Schulen, die berlinweit bis 2025 fehlen werden, fallen allein 25 auf diesen Bezirk.

Statt nun in eine nachhaltige Schulplanung einzusteigen, setzt der Senat auf baulich fragwürdige *Modulare Ergänzungsbauten* (MEB). Hinzu kommt ein dramatischer Sanierungsrückstau. Die Leidtragenden sind vor allem die Kinder: Nicht nur müssen sie in einer solch desolaten Umgebung lernen, sie sind es auch, die in Zukunft die Kosten für die falschen Einsparungen zu tragen haben. Das muss sich ändern, dafür kämpfen wir!

Wir brauchen mehr Geld. Wir brauchen mehr Personal. Aber wir haben auch ein Organisationsproblem, das wir dringend lösen müssen, damit es auch Sinn macht, mehr Geld und Personal bereit zu stellen. Denn im Moment ist die Verantwortung auf zu viele unterschiedliche Schultern verteilt, wirklich zuständig für Schulneubau ist niemand. Erschwert wird die Arbeit überdies durch eine unüberschaubare Masse an Sonderprogrammen, die immer nur Teilprobleme lösen.

Wir wollen sowohl die Verantwortung als auch die Mittel und das Personal in regionalen Schulgebäudeverwaltungen bündeln: in sogenannten SuBIMs (*Schul- und Bezirke Immobilien Management GmbHs*). Die Bezirke bleiben dabei Eigentümer der Gebäude, beauftragen aber diese selbst geschaffenen Dienstleister damit, die Gebäude auf Vordermann zu bringen, instand zu halten und Schulneubau zu betreiben.

Eine solche Organisationsform hätte viele Vorteile: Wir wissen von Vorbildern wie Hamburg, der Berliner BIM oder auch Grün Berlin, dass durch so eine Reform Synergieeffekte entstehen, die leicht eine Höhe von ca. 30 Millionen Euro betragen können. Geld, das wir sofort wieder in Schulen reinvestieren wollen. Und wir können den Bau von Schulen auf diese Weise deutlich beschleunigen – Ziel muss sein, die Planungs- und Bauzeiten von den bisherigen mindestens 9 (!) auf 3 bis 4 Jahre zu reduzieren. Hamburg ist sogar noch schneller...

Vorteile hat das Modell aus unserer Sicht aber auch für die Betroffenen. Sowohl Eltern und Lehrkräfte, aber auch die Bezirksverordneten würden von einem stark verbesserten Berichtswesen profitieren, in dem transparent und verlässlich abzulesen ist, wann was an welchem Standort gemacht wird. Durch die Beschleunigung und höhere Transparenz kann und soll es dann auch an allen Bauvorhaben eine echte, aktive Beteiligung der betroffenen Eltern, Schüler\*innen und Lehrer\*innen geben, von Anfang bis Ende. Das wird aus unserer Sicht sicherstellen, dass die Qualität stimmt. Denn gute Schule fängt beim Gebäude an!

[Stefanie Remlinger](#), MdB

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen Berlin  
Sprecherin für Bildung, berufliche Bildung und Haushaltspolitik

## Tierschutz in der Stadt: Schutz von Wildtieren in Zirkusbetrieben

Viele Haustiere, Nutztiere und Wildtiere leben auch in Pankow. Sie zu schützen und auf ihre Bedürfnisse zu achten, ist unsere Aufgabe als Pankower\*innen, als Bündnisgrüne und als Bezirksverordnete.

Eine Gruppe von Tieren, die immer wieder unter falschen und schlechten Haltungsbedingungen leiden, sind die Zirkustiere. Besonders für wildlebende Tiere wie Affen, Großkatzen, Bären und Elefanten ist es schwierig, die Situation in einem Wanderzirkus erträglich zu gestalten. Die Tiere leiden unter Kälte, Platzmangel und fehlender Beschäftigung. Häufig ist das Futter von minderer Qualität und die tierärztliche Betreuung kann nicht sichergestellt werden. Aber auch für Nutz- und Haustiere wie Ziegen oder Hunde sind die Bedingungen im Zirkus oft schlecht. Die Folgen von Tierhaltung im Zirkus sind immer wieder Verhaltensstörungen und organische Krankheiten. So wurden in den letzten fünf Jahren 144 Verstöße von Zirkusbetrieben gegen tierschutzrechtliche Anordnungen registriert (vgl. Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus von Claudia Hämmerling MdB, [Drucksache 17/18087](#)).

Als erster Schritt müssen die wildlebenden Tiere vor der Haltung in Zirkussen geschützt werden. Das Land Berlin unterstützt zwar den Bundesratsantrag aus Hessen, der sich für ein Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten in Zirkussen einsetzt, doch es fehlt noch die Anweisung des Berliner Senats an die BIM (Immobilien dienstleister für das Land Berlin), dass landeseigene Grundstücke nicht mehr an Zirkusse mit Wildtieren vermietet werden dürfen. In diesem Bereich können auch die Bezirke aktiv werden und ihre Grundstücke nicht mehr dafür zur Verfügung stellen. Spandau und Zehlendorf sind bereits in diese Richtung aktiv geworden.

In Pankow gastieren Zirkusse nicht auf bezirkseigenen Flächen. Doch manchen Privateigentümer\*innen fehlt es gelegentlich an Sensibilität für dieses Thema. Auch wenn wir auf Landes- oder Bezirksebene nicht die Möglichkeit eines Verbots der Haltung von Wildtieren haben, müssen wir unsere Verantwortung für den Tierschutz ernst nehmen und bei den Besitzer\*innen zumindest Überzeugungsarbeit leisten. Denn wenn Tiere gequält werden, dann darf das keine Unterhaltung sein.

[Daniela Billig](#)

Fraktionsvorsitzende



**TERMINE**

Der Newsletter mit aktuellen Infos über wichtige Themen aus dem Bezirk und unsere Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erscheint in der Regel zu den Tagungen der BVV Pankow. Frühere Ausgaben des Newsletters können Sie auf unserer Internetseite nachlesen:  
<http://gruene-fraktion-pankow.de/news-presse/newsletter-fraktion-aktuell/>

**Herausgeber des Newsletters:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin,  
[Daniela Billig](#), [Cornelius Bechtler](#) (V.i.S.d.P.)  
in Kooperation mit [Jens-Holger Kirchner](#) (stellv. Bezirksbürgermeister u. Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung) , Redaktionsschluss am 01.06.2016, 17:30 Uhr

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Telefon: 030/ 902 95 50 07

E-Mail: [info@gruene-fraktion-pankow.de](mailto:info@gruene-fraktion-pankow.de)

[www.gruene-fraktion-pankow.de](http://www.gruene-fraktion-pankow.de)

**Redaktion:** [Sabine Wagner](#)

**Newsletter abbestellen:** E-Mail an [newsletter-unsubscribe@gruene-fraktion-pankow.de](mailto:newsletter-unsubscribe@gruene-fraktion-pankow.de)